

VCI Hessen Position

Umwelt, Energie & Klima

Die Themen Umwelt, Energie und Klima sind von entscheidender Bedeutung, nicht nur für unsere Region, sondern für die gesamte Welt. Auch unsere Branche hier in Hessen leistet ihren Beitrag, um eine nachhaltige und zukunftsorientierte Entwicklung zu fördern. Dafür benötigen wir von der Politik die passenden Rahmenbedingungen. Nachhaltigkeit verstehen wir als einen Dreiklang aus Ökologie, Ökonomie und Soziales.

Engagement der Chemie- und Pharmaindustrie in Hessen

Die Chemie- und Pharmaindustrie in Hessen ist sich ihrer Verantwortung bewusst und engagiert sich aktiv in Projekten und Kooperationen, die auf den verantwortungsvollen Umgang mit Energie und Ressourcen abzielen. Wir unterstützen die Entwicklung und Implementierung von umweltfreundlichen Technologien, Energieeffizienzmaßnahmen und den Einsatz erneuerbarer Energien. Unsere Mitgliedsunternehmen sind Vorreiter in der Umsetzung von nachhaltigen Produktionsprozessen und tragen so zur Reduzierung von CO₂-Emissionen bei. Um die Klimaneutralität der Branche voranzutreiben, benötigen wir bezahlbare Energie, Versorgungssicherheit, aber auch schnelle Genehmigungsverfahren, Planbarkeit und realistische Ziele. Wir sind überzeugt, dass eine erfolgreiche Transformation nur durch eine enge Zusammenarbeit zwischen Politik, Wirtschaft und Wissenschaft erreicht werden können. Gemeinsam können wir in Hessen eine nachhaltige und zukunftsorientierte Entwicklung vorantreiben, die Umweltschutz, Energieeffizienz und Klimaschutz miteinander verbindet.

Dafür setzen wir uns ein:

● 1:1 Umsetzung von europäischen und deutschen Gesetzen

Deutschland soll bis 2045 klimaneutral werden. Dieses Ziel erreichen wir in Hessen nur mit einer starken, innovativen und wettbewerbsfähigen chemisch-pharmazeutischen Industrie. Denn mit unseren innovativen Produkten sind wir Wegbereiter für die notwendige Transformation. Bei der Umsetzung europäischer und deutscher Gesetze fordern wir, keine strengeren Regelungen (sog. Gold Plating) anzuwenden und Ermessensspielräume auszunutzen.

● Maßnahmen zur Klimafolgenanpassung ergreifen

Die Hessische Landesregierung sollte Maßnahmen ergreifen, die auf Klimafolgenanpassung fokussieren. Diese können sich vor Ort wirkungsvoller entfalten als auf übergeordneter Ebene. Hierzu zählen Maßnahmen wie ein optimierter Umgang mit Starkregenereignissen. Zusätzliche landesspezifische CO₂-Reduktionsvorgaben oder sogar Sektorziele lehnen wir ab.

◆ **Verordnungskonforme Umsetzung der AwSV – hessischer Erlass notwendig**

Das im Bund-Länder-Arbeitskreis „Umgang mit wassergefährdenden Stoffen“ erstellte FAQ-Papier widerspricht der Verordnung AwSV und der derzeitigen Umsetzungspraxis bei der Definition, mit welchen Geräten wassergefährdende Stoffe umgeladen werden dürfen. Auch weiterhin sollten Gabelstapler für das Umladen verwendet werden dürfen, und sie nicht als sogenannte „Umschlaganlage“ klassifiziert werden. Dies würde zu teuren Umbaupflichten führen. Das hessische Umweltministerium sollte in diesem Sinne durch einen Erlass für rechtliche Klarheit für die Unternehmen sorgen und so unnötige Kosten vermeiden.

◆ **Hessische Wasserstoffstrategie weiterentwickeln**

Zentral für Hessen sind aus geografischen Gründen Speicherung und Transport sowie eine für Industrieanlagen kompatible Infrastruktur für Wasserstoff. Wir fordern, die hessische Wasserstoffstrategie über 2025 hinaus zügig weiterzuentwickeln. Dazu gehört nach Finalisierung des Wasserstoffkernnetzes im Bund die regionalen Verteilernetze unter Berücksichtigung der Anlagenkompatibilität aufzubauen. Unterstützungsangebote durch die LEA, z. B. in der Antragstellung für künftige Wasserstoffprogramme bzw. -wettbewerbe wären zudem für unsere Unternehmen hilfreich.

◆ **Dialog stärken und Expertise nutzen**

Für bessere Gesetzgebung gilt es, die Expertise unserer Industrie in Anspruch zu nehmen. Wir bieten an und fordern zugleich, Gesprächsformate zwischen Politik und Wirtschaft zu etablieren beziehungsweise weiter zu nutzen (z. B. Umweltallianz und Hessischer Zukunftsrat Wirtschaft). Bestehende Formate, z.B. Wirtschaftsinitiative der Nachhaltigkeitsstrategie, sollten entsprechend ihres Anliegens die Stimme der Industrie einbinden und wertschätzen. Das schafft nicht nur Vertrauen, sondern erhöht auf beiden Seiten das Verständnis und führt letztendlich zu besserer Gesetzgebung, aber auch gesellschaftlichen Konsens.

|Stand: Juni 2024